

komba rundschau

schleswig-holstein

Mitgliedermagazin der **komba gewerkschaft s-h**

Heft Juni 2025

Finanzkrise mit Folgen: Öffentlicher Dienst unter Druck



Steigende Schulden, verfassungswidriger Haushalt, drohende Einnahmeausfälle – Schleswig-Holsteins Finanzlage spitzt sich zu. Was bedeutet das für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst? Klar ist: Ohne gesicherte Finanzierung sind faire Arbeitsbedingungen und handlungsfähige Verwaltungen in Gefahr. Mehr dazu ab Seite 2.



komba
gewerkschaft
schleswig-
holstein

Fachgewerkschaft im



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**
schleswig - holstein

Inhalt

- Turbulente Entwicklungen bei Landes- und Kommunal финанzen **3**
- Ausgaben für die Beamtenversorgung geringer als erwartet **4**
- Debatte um Menstruation **4**
- Gewalt gegen Beschäftigte **5**
- Regionalverbandstagung 2025 **5**
- Verstärkung im Landesvorstand **6**
- Kreisverband Dithmarschen **7**
- Kreisverband Segeberg **7**
- Jugend **8**

komba Bundesmagazin

Herausgeberin:

komba gewerkschaft schleswig-holstein -
Fachgewerkschaft für den öffentlichen Dienst,
Hopfenstraße 47, 24103 Kiel
Telefon 0431 535579-0

E-Mail: info@komba-sh.de,

Internet: www.komba-sh.de

Redaktion: leitende Redakteurin Sandra Hauschildt, Daniel Schlichting

Beiträge: Kai Tellkamp (KT), Christian Sehleier (CS), Jurik Simonjan (JS) und Finn Ole Behrend (FB)

Fotos: eigene, Adobe Stock: New Africa

Auflage: ca. 4.000 Stück

Redaktionsschluss: 30.05.2025

Die komba rundschau wird an die Mitglieder der komba gewerkschaft schleswig-holstein abgegeben. Sämtliche Kosten sind durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Nachdruck und sonstige Verbreitung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbb-verlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellanschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917 - 0

Telefax: 030.7261917 - 40

Liebe Kolleg*innen,

die neue Bundesregierung ist frisch im Amt und hat sich vieles vorgenommen:

Der Wirtschaftsstandort soll gestärkt werden, ein Sondervermögen ermöglicht die überfällige Modernisierungsoffensive. Zudem sollen Steuern gesenkt werden und eine Entlastung bei den Energiekosten erfolgen. Das Bürgergeld wird erneut umgestaltet und in der Migrationspolitik ist eine grundsätzliche Wende geplant.

An mehreren Stellen wird das große Ziel des „Bürokratieabbaus“ herausgestellt, welches scheinbar die große Lösung für all die kleinen Probleme darstellt.

Nur wenige Wochen später kristallisieren sich erste konkrete Maßnahmen heraus:

- Beam*t*innen sollen auch in das System der gesetzlichen Rentenversicherung einzahlen
- Die Arbeitsmoral der Menschen wird hinterfragt

Alleine diese beiden Vorstöße machen deutlich: Auch in den kommenden Jahren wird die komba gewerkschaft gefordert sein, die Interessen der Mitglieder kompetent und konsequent zu vertreten. Wir setzen uns weiterhin für einen starken öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen ein, um im Kampf um die bestehenden Fachkräfte eine Chance zu behalten.

Zudem werden wir sämtliche Gesetzesvorhaben, welche direkte Auswirkungen auf die tägliche Arbeit unserer Mitglieder haben, stets kritisch begleiten und darauf achten, dass aus einem Bürokratieabbau nicht plötzlich neue Bürokratie entsteht.

Es bleibt zu hoffen, dass die neue Bundesregierung nach der holprigen Kanzlerwahl nicht bald schon wieder ins Stolpern gerät.

Mit kollegialen Grüßen,

Fabian Bellinghausen,
stellvertretender Landesvorsitzender



Turbulente Entwicklungen bei Landes- und Kommunal финанzen:

Auswirkungen auf Personal und Aufgaben kaum absehbar

Nicht nur auf Bundesebene, sondern auch im Land Schleswig-Holstein gibt es zahlreiche Entwicklungen, die spürbare Auswirkungen auf die Finanzla-

ge des Landes und seiner Kommunen haben. Diese finanzpolitischen Veränderungen betreffen dabei nicht zuletzt auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst:

Denn nur mit ausreichenden Mitteln lassen sich berechnete Erwartungen an gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und zukunftsfähige Strukturen verwirklichen.

Ein kurzer Überblick über aktuelle finanzwirksame Entwicklungen auf Landesebene zeigt, wie eng politische Entscheidungen und die Situation der Mitarbeitenden miteinander verknüpft sind.

Landeshaushalt verfassungswidrig

Das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Landeshaushalt des Jahres 2024 verfassungswidrig war. Damit war die von der SPD und der FDP eingereichte Klage erfolgreich. Die von der Landesregierung vorgesehenen Notkredite waren nicht zulässig, weil die finanziellen Auswirkungen der angeführten Notlagen (Sturmflut 2023, Krieg gegen die Ukraine und Corona-Pandemie) auf den Landeshaushalt nicht ausreichend dargelegt wurde.

Deshalb plant die Landesregierung, die in Anspruch genommenen Mittel aus dem Notkredit (492 Millionen Euro) noch im Jahr 2025 zu tilgen. Dafür ist ein Nachtragshaushalt vorgesehen, der allerdings nicht mit weniger Schulden auskommt. Vielmehr sollen die vom Bundestag beschlossenen neuen Verschuldungsmöglichkeiten der Länder (Lockerung der Schuldenbremse) genutzt werden. Die Kredite bedeuten eine Belastung in kommenden Haushalten. Nicht zu vergessen ist, dass außerdem noch die oben beschriebenen Notkredite aus vorhergehenden Jahren in Höhe von aktuell noch fast einer Milliarde Euro zu tilgen sind. Diese Belastung soll auf die kommenden 14 Jahre verteilt werden.

Investitions-Sondervermögen des Bundes

Die vom Bund beschlossene Bereitstellung von zusätzlichen Investitionsmitteln bedeuten für Schleswig-Holstein, dass in den nächsten Jahren jeweils etwa 280 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen (wir haben bereits berichtet). Hier werden zwar dringend benötigte Investitionen erleichtert, die allerdings ebenfalls schuldenfinanziert sind. Der Umstand, dass nicht das Land oder die kommunale Ebene, sondern der Bund Kreditnehmer ist, ändert nichts daran, dass die Steuerzahler für die Zinsen und die Tilgung aufkommen müssen.

Ausgaben für die Beamtenversorgung in Schleswig-Holstein geringer als erwartet

Die Schleswig-Holsteinische Finanzministerin **Dr. Silke Schneider** hat erklärt, dass sich die Ausgabentwicklung für die Beamtenversorgung beim Land Schleswig-Holstein wesentlich geringer darstellt als

Northvolt

Durch die möglicherweise etwas voreilige Förderung einer Batteriezellenfabrik in Dithmarschen droht ein Schaden in Höhe von 600 Millionen Euro, jeweils zur Hälfte beim Bund und beim Land. Die zunächst gefeierte Ansiedlung der Fabrik mündete nach der Insolvenz in Ernüchterung. Auch wenn die politische Debatte zu den Verantwortlichkeiten noch nicht abgeschlossen ist: Der Steuerzahler muss es richten.

Pensionskosten

Für Entlastung sorgen die Beamt*innen. Die Pensionsausgaben sind niedriger als erwartet (siehe nachfolgender Artikel auf dieser Seite).

Aktuelle Steuerschätzung – Kommunen schlagen Alarm

Die neuen Prognosen für die Entwicklung der Steuereinnahmen wurden aktuell bezogen auf Schleswig-Holstein ausgewertet. Danach müssen die Erwartungen für den Landeshaushalt erneut zurückgeschraubt werden. Im Vergleich zur Steuerschätzung des letzten Jahres stehen von 2025 bis 2029 insgesamt 607 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Die prognostizierten Mindereinnahmen der Kommunen belaufen sich sogar auf 1,2 Milliarden Euro. Erste Kommunen haben bereits eine Haushaltssperre verhängt.

Die Lage verschärft den Konflikt um die Finanzausstattung der Kommunen, die auf Zuweisungen des Landes angewiesen sind. Es droht sogar eine weitere Klage vor dem Landesverfassungsgericht, auch vor dem Hintergrund der ungeklärten Finanzierung der gesetzlich vorgeschriebenen Ganztagsbetreuung an Grundschulen.

Die komba gewerkschaft setzt sich mit ihrem Spitzenverband dbb dafür ein, dass finanzielle Herausforderungen nicht auf dem Rücken des Personals gelöst werden.

Der öffentliche Dienst muss in der Lage sein, die von der Politik beschlossenen Aufgaben zu erfüllen. Wenn die dafür erforderlichen Ressourcen nicht bereitgestellt werden, muss der Aufgabenbestand reduziert werden. Wer diese Zusammenhänge ignoriert, hat ein problematisches Staatsverständnis.

KT ■

erwartet. Der dbb sh begrüßt die Prognosekorrektur, zumal damit der – ohnehin ungerechtfertigten – Kritik an den Kosten der Beamtenversorgung eine Grundlage entzogen wird.

Die Korrektur fußt auf einer Neukonzeption der prognostizierten Versorgungsausgaben. Diese wurde aufgrund einer wesentlich besseren Datenlage für versicherungsmathematische Berechnungen möglich. Danach kommt es bereits zu einer Abflachung und nicht zu einem weiteren Anstieg der Kosten. Der Landeshaushalt wird also deutlich geringer belastet als ursprünglich gedacht. Im aktuell letzten Jahr der Projektion (2034) wird gegenüber den ursprünglichen Annahmen von Minderausgaben im Umfang von rund 400 Millionen Euro ausgegangen.

Diese Zahlen beziehen sich auf den Landeshaushalt, auf kommunaler Ebene bestehen eigene Finanzierungssysteme für die Beamtenversorgung. Dennoch sind die aktuellen Entwicklungen laut dbb Landesbundvorsitzenden **Kai Tellkamp** für beide Ebenen von Bedeutung: „Wir hoffen, dass dieser Trend zu einer Versachlichung der Diskussionen über die Beamtenversorgung beiträgt, denn diese sind leider viel zu häufig von Polemik und Unwissenheit geprägt.“

Zwar zahlen Beamt*innen systembedingt nicht in die gesetzliche Rentenversicherung ein, aber deshalb fällt ihr Grundgehalt auch geringer aus. Eine zusätzliche und fortwirkende Besoldungskürzung um 1,8

Prozent wurde zum Aufbau des Versorgungsfonds genutzt, der inzwischen einen Bestand von über 1,2 Milliarden Euro hat.

Auch die Höhe der Beamtenversorgung gerät immer wieder sachwidrig in die Kritik: Denn die höheren Durchschnittswerte der Pensionen im Vergleich zu den Renten resultieren auch aus einem hohen Qualifikationsniveau vieler Beamt*innen, was zu höheren Einkommen führt. Außerdem darf nicht übersehen werden, dass in die Pensionen bereits die betriebliche Altersversorgung einbezogen ist, während sie bei Arbeitnehmern zusätzlich ausgezahlt wird.

komba und dbb hätten sich vor diesem Hintergrund auch gewünscht, dass sich die neue Bundesarbeitsministerin **Bärbel Bas** etwas besser informiert, anstatt voreilig die Einbeziehung der Beamt*innen in die gesetzliche Rentenversicherung zu fordern. Hinzu kommt, dass die Zuständigkeit für die Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten bei den Ländern liegt. Schleswig-Holstein ist gut beraten, an einem sachlichen Umgang mit diesem Thema festzuhalten, einschließlich des Versorgungsfonds. Denn die Mittel aus dem Sondervermögen stehen den Beamt*innen zu! **KT ■**

Debatte um Menstruation:

Bemerkenswerte „Periodensetzung“ des Landtages

„Frauen und Mädchen im gebärfähigen Alter menstruieren. In der Regel alle vier Wochen für circa fünf Tage. Die Periode kann aber auch komplett unregelmäßig auftreten. Die erste Regelblutung tritt oft schon mit zwölf Jahren ein, manchmal auch früher. Die letzte Blutung findet im Durchschnitt mit etwa 50 Jahren statt.“

Was meinen Sie: handelt es sich um den Mitschnitt aus dem Bio-Unterricht an einer Schule? Um eine Aufklärungsschrift? Nein – es ist ein Debattenauszug aus einer Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages des laufenden Jahres! So oder ähnlich haben sich alle fünf Fraktionen an der Debatte beteiligt. Eine bemerkenswerte „Periodensetzung“ beziehungsweise Prioritätensetzung.

Bitte verstehen Sie unsere Verwunderung nicht falsch. Zweifellos handelt es sich um ein wichtiges Thema, zweifellos ist eine Enttabuisierung sowie ein unkomplizierter Zugang zu Perioden-Hygieneartikeln erstrebenswert. Aber ist der Schleswig-Holsteinische Landtag wirklich der richtige Ort, um diese

Ziele wirksam voranzutreiben? Wohl eher nicht und unser Schleswig-Holsteinisches Gesetzgebungsorgan liefert selbst den Beweis: es blieb bei einer Debatte, ein verbindliches umfassendes Ergebnis blieb aus.

Nach unserer Vorstellung sollte der Landtag vor allem solchen Themen aufgreifen und konkret beeinflussen, die auch in seiner Zuständigkeit liegen. Wie soll das Missverhältnis von Einnahmen und Aufgaben im Landeshaushalt beseitigt werden? Wie soll die Bürokratie spürbar für die Beschäftigten zurückgefahren werden?

Wie soll die Verfassungskonformität der Besoldung gewährleistet werden? Das sind nur einige Beispiele, an die wir immer wieder „erinnern“ werden. **KT ■**

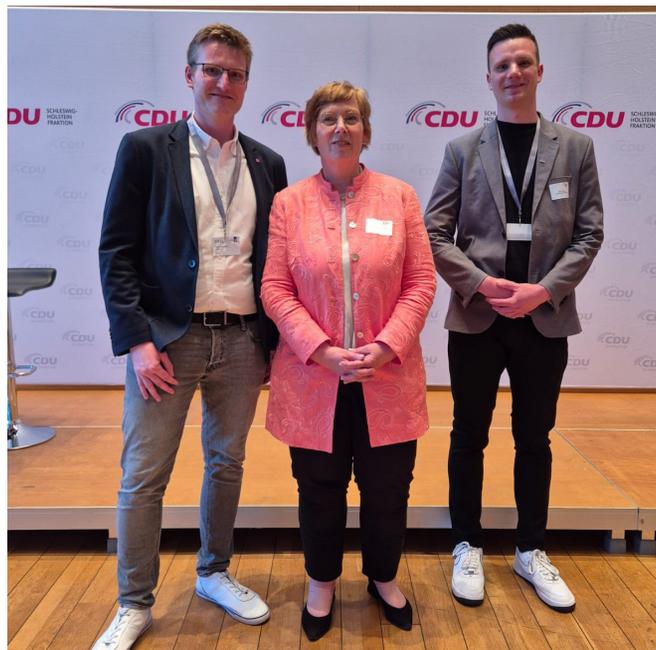
Gewalt gegen Beschäftigte: Im Einsatz für konkrete Maßnahmen

Die Schleswig-Holsteinischen Landesorganisationen der komba und des dbb sehen weiteren Handlungsbedarf, um Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vor Gewalt zu schützen. Präventionsmaßnahmen haben einen hohen Stellenwert, sie allein genügen jedoch nicht. Es kommt auch darauf an, dass und wie auf tatsächliche Gewalterfahrungen reagiert wird. Dabei geht es nicht nur um körperliche, sondern auch um verbale und psychische Angriffe.

Letztendlich muss allen Beschäftigten klar sein, in welchen Situationen sie sich an wen wenden können. Hemmschwellen und Toleranzgrenzen dürfen nicht zu hoch sein. Die Ansprechstellen müssen nicht nur bekannt, sondern auch mit notwendigem Know-how und Zuständigkeiten ausgestattet sein, um der Fürsorgepflicht der Dienstherrn/Arbeitgeber Rechnung tragen zu können. Dabei geht es zum Beispiel um die Unterstützung bei der Verarbeitung von Vorfällen, aber gegebenenfalls auch darum, Aggressoren strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen und Entschädigungsansprüche zu realisieren. Nach unseren Erfahrungen sind derartige Strukturen häufig nicht vorhanden bzw. fühlen sich Beschäftigte häufig unsicher, ob und wie sie reagieren sollen. Praktische Fälle gibt es mehr als genug - nicht nur bei den klassischen Vollzugsdiensten, sondern auch in Schulen, Bürgerämtern, Sozial- und Finanzbehörden, Rettungsdiensten sowie in nahezu allen weiteren Dienststellen mit bürgernahen Aufgaben.

Unser gewerkschaftliches Ziel ist es, dass eine politische Sensibilisierung in konkreten Maßnahmen mündet, die den Beschäftigten tatsächlich helfen. Das Anliegen wurde kürzlich beim „Förde-Forum“ der CDU-Fraktion thematisiert (siehe Foto). Dort war

auch der stellvertretende dbb Landesbundvorsitzende **Michael Jasper** anwesend. Zudem war es Gegenstand eines Gesprächs in der Staatskanzlei über gemeinsame Themen der Landesregierung und der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen. An diesem Gespräch nahmen der dbb Landesvorsitzender **Kai Tellkamp** sowie der stellvertretende Landesvorsitzende **Tobias Schmiedeberg** teil. An diese Gespräche soll nun ergebnisorientiert angeknüpft werden. **KT** ■



Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack mit dem stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Michael Jasper (links) sowie dem BSBD Landesvorsitzenden Henry Malonn

Regionalverbandstagung 2025: Zukunft im Blick

Am 17. Mai 2025 versammelte sich die komba gewerkschaft sh zu ihrer jährlichen Regionalverbandstagung im Hotel Steigenberger in Kiel. Ehrenamtliche Mitglieder der Regionalverbandsvorstände kamen zusammen, um zentrale Themen des öffentlichen Dienstes zu erörtern. Ein inhaltlicher Fokus lag auf der Änderung des schleswig-holsteinischen KiTa-Gesetzes, das kommunale Kindertagesstätten vor große Herausforderungen stellt. Eine geplante Fachtagung soll helfen Lösungen zu entwickeln, um die Situation zu entschärfen.

Weiterer wichtiger Punkt der Tagesordnung war das Beamtenrecht. Hier standen das ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation

sowie damit verbundene Leistungskürzungen im Fokus. Auch die mit dem dbb sh eingereichte Rüge des höchsten Gerichts wurde thematisiert und der mögliche Weg zum Europäischen Gerichtshof skizziert.

Die Gleichstellung von Frauen ist ein zentrales Anliegen der komba gewerkschaft in Schleswig-Holstein. Um die öffentliche Sensibilisierung zu fördern, wird eine Veranstaltung für Frauen im Rettungsdienst initiiert. Zudem wird es eine Kampagne mit Buttons geben, die die Botschaft „You are safe with me“ tragen. Diese Aktion soll in den Dienststellen sichtbar machen, dass queere Personen in einem toleranten und offenen Umfeld sind - und auf das bestehende Problem von Diskriminierungen und Über-

griffe aufmerksam machen. Im weiteren Verlauf der Tagung berichteten die Regionalverbände über ihre Aktivitäten und Herausforderungen. Anschließend wurden die Abschlüsse der jüngsten Tarifverhandlungen im kommunalen Dienst diskutiert. **Andreas Hemsing**, Bundesvorsitzender der komba, war live zugeschaltet und gab wertvolle Einblicke in die Details der Verhandlungen.

Abschließend wurden im Workshop „Projekt 5.000“ Strategien und Aufgaben erarbeitet, um die gestiegenen Mitgliederzahlen weiter zu erhöhen und mit neuen, attraktiven Werbemitteln zu stärken. Die Tagung unterstrich dabei einmal mehr das Engagement der komba gewerkschaft und ihrer ehrenamtlichen Funktionäre für bessere Arbeitsbedingungen und Gerechtigkeit im öffentlichen Dienst. CS ■



Die Teilnehmenden der Regionalverbandstagung am 17. Mai im Steigenberger Hotel in Kiel

Michael Bringezu: Verstärkung im Landesvorstand

NEWS DER



VERSTÄRKUNG LANDESVORSTAND

Michael Bringezu wird sich im LaVo im Bereich Tarif engagieren und die Stimme der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein stärken.



Michael Bringezu
Mitglied im Landesvorstand der komba gewerkschaft und im Vorstand des KV Segeberg

Kiel - Michael Bringezu verstärkt als neues Mitglied den Landesvorstand der komba gewerkschaft schleswig-holstein. Geboren am 6. Juni 1971 in Schwerin und damit im Sternzeichen Zwilling, lebt er heute mit seiner Frau und dem jüngsten seiner drei Kinder in Rickling. Im folgenden Steckbrief gibt er kurz Einblicke in seine Ziele und Überzeugungen.

Wo arbeitest du im öffentlichen Dienst? „Ich bin beim WZV Bad Segeberg als Fahrer tätig.“

Warum bist du der komba beigetreten? „Ich bin überzeugt von dem Gedanken, dass es ein ‚Gegengewicht‘ zu den Arbeitgeberverbänden geben muss. Deshalb bin ich der komba beigetreten, um die Interessen der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zu stärken.“

Welche Ziele verfolgst du als Mitglied im Landesvorstand, insbesondere in der Tarifpolitik? „Als Mitglied im Landesvorstand möchte ich mich insbesondere für mehr ‚Tarifgerechtigkeit‘ einsetzen.“

Du bist ja auch im Vorstand des KV Segeberg ak-

tiv. Was sind hier deine Ziele? „Die Wurzeln meiner Familie sind im Kreis Segeberg, und deshalb möchte ich mich auch hier im Kreisvorstand engagieren.“

Welche Themen siehst du als besonders wichtig im öffentlichen Dienst? „Es gibt viele wirklich wichtige Themen im öffentlichen Dienst, die ich mit einem starken Spruch zusammenfassen möchte: „Es muss sich wieder lohnen, im öffentlichen Dienst zu stehen!““

Was würdest du am liebsten sofort verändern? „Sofort würde ich am liebsten das Zulagensystem für Handwerker und Arbeiter anfassen wollen.“

Kreisverband Dithmarschen: Vorstandssitzung

Am 06. Mai 2025 fand in Heide die Vorstandssitzung des Kreisverbandes Dithmarschen statt. Insgesamt nahmen sechs Vorstandsmitglieder an der Sitzung teil – in durchweg positiver und kollegialer Atmosphäre. Ein besonderer Moment war die Verabschiedung von **Kerstin Jänicke**, die nach neun Jahren engagierter Vorstandsarbeit ihren Posten niederlegte. Der Vorsitzende **Hans Maaßen** bedankte sich im Namen des gesamten Kreisverbandes mit einem Blumenstrauß und einem Gutschein bei Jänicke für die langjährige, erfolgreiche Zusammenarbeit und ihren unermüdlichen Einsatz. Nach Abschluss der Tagesordnungspunkte ließen die Teilnehmenden den Abend bei einem gemütlichen gemeinsamen Essen ausklingen. Die nächste Vorstandssitzung ist für September 2025 in Brunsbüttel geplant. JS ■

Hast du einen Rat, den du Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst mit auf den Weg gibst? „Meckern hat noch nie irgendwas verbessert, besser mitmachen und mitgestalten! Werdet jetzt Mitglied und stärkt die Interessen der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst.“

Mit seinem klaren Einsatz für mehr Gerechtigkeit und besseres Engagement von Arbeitnehmern ist Michael Bringezu eine wertvolle Ergänzung für die komba in Schleswig-Holstein. Seine Leidenschaft und Entschlossenheit spiegeln sich in seinem Engagement wider, sowohl im Landesvorstand als auch im Kreis Segeberg „aufs Gas“ zu treten. CS ■



Von links: Jurik Simonjan, Birgit Reiher, Janina Laß, Ulrike Sprick-Zöhner, Andrea Nitsch und Hans Maaßen

Generationswechsel im Kreisverband Segeberg: Lars Petersen verabschiedet – Neuer Vorstand gewählt

Bei der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Segeberg am 21. Mai 2025 standen Neuwahlen im Mittelpunkt. **Lars Petersen** blickte auf ein aktives Jahr zurück – mit Vernetzungstreffen, Teilnahme an der Regionalverbandstagung und einer gemeinsamen Busfahrt zum Warnstreik nach Kiel. Petersen kandidierte nach 25 Jahren nicht erneut. Der neue Vorstand: **Wiebke Grabow** (Vorsitzende), **Michael Bringezu** (Schatzmeister/Tarifvertreter), **Pia Wehrmann**, **Stefan Stahl**, **Mikaela Diedrich** (Beisitzer*innen), **Adrian Schiffgen** (Jugendvertreter/Schriftführer). Zum Kassenprüfer wurde **Tim Stange** gewählt. **Christian Sehleier** informierte über die Tarifverhandlungen. **Tim Neben** berichtete zur Besoldungssituation der Beamt*innen. Für sein langjähriges Engagement wurde Lars Petersen feierlich verabschiedet.



Von links: Wiebke Grabow, Tim Neben und Lars Petersen. Wir danken Lars Petersen für 25 Jahre Engagement!

Egal, wie Sie ihn tragen,
Hauptsache, Sie haben ihn:



Den Organspendeausweis!
Informieren, entscheiden, ausfüllen.

www.organspende-info.de



Jugend

Starker Auftritt der komba jugend sh in Altenholz

Am 16. Mai hatten die Studierenden der Fachhochschule Altenholz die Möglichkeit, mehr über die Arbeit unserer Gewerkschaft zu erfahren. **Christian Sehleier, Finn Behrend** und **Fawad Hosseini** waren vor Ort, um mit einem Infostand die Vorteile und Möglichkeiten einer Mitgliedschaft zu präsentieren. Die Resonanz war überwältigend. Die vielen Studierenden zeigten reges Interesse und fanden das Angebot äußerst spannend.

Es war toll zu sehen, wie neugierig die Studierenden waren und wie viel Interesse sie an den Themen rund um Tarifverträge und unsere Arbeit zeigten.

Wir haben viele wertvolle Gespräche geführt und das Bewusstsein für die Gewerkschaft bei den jungen Leuten stärken können.

Am Abend ließen es sich Fawad und Finn nicht nehmen, die Gelegenheit zu nutzen, um die FH-Party mit einem weiteren Stand zu bereichern. Der lockere Austausch mit den jungen Leuten kam auch hier gut an. Auf der Party mischten sich Finn und Fawad unter die Gäste und führten spannende Gespräche abseits der formellen Themen.

Es war ein lockerer, aber aufschlussreicher Austausch, der den Studierenden zeigte, dass Gewerkschaftsarbeit nicht nur ernst und formal ist, sondern auch Raum für Gemeinschaft bietet. Der Abend war eine großartige Gelegenheit, den direkten Kontakt zu den Studierenden zu suchen. Es wurde viel gelacht und dennoch konnten wir wichtige Themen ansprechen. Die Mischung aus Informationsstand

und Party hat die Studierenden dazu ermutigt, mehr über uns zu erfahren, ohne dass es zu trocken oder unnahbar wirkte.

Abschließend kann man sagen, dass der Tag an der Fachhochschule Altenholz ein voller Erfolg war. Wir haben neue Interessierte gewinnen können, wertvolle Gespräche geführt und uns als moderne, zugängliche Gewerkschaft präsentiert. Wir freuen uns schon auf die nächsten Gelegenheiten, vor Ort in Altenholz aktiv zu sein! **FB** ■



Finn Ole Behrend (links) mit Christian Sehleier (rechts) in Altenholz beim Informationsstand